

| | |
|-------------------|---------------------------------|
| Es informiert Sie | Heike Löber |
| Telefon (0202) | 563 49 28 |
| Fax (0202) | 563 85 31 |
| E-Mail | heike.loeber@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 18.02.16 |

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1541/16) am 17.02.2016

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Wessel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Arnold Norkowsky , Herr Christian Schmidt , Herr Michael Schulte

von der SPD-Fraktion

Frau Maren Butz , Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Herr Thomas Kring ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon , Frau Dagmar van Gemmern ,

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Cemal Agir ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Sabine Kik ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Bernd Engels , Herr Reinhard Fliege , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Martin Hamburger ,
Herr Dr. Christoph Humburg , Herr Thomas Isenberg ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Dr. Jörg Rieger , Herr Uwe Temme , Herr Markus Wilk ,

Schriftführer / in: Heike Löber

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 16:35 Uhr

I. **Öffentlicher Teil**

1 Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für Asylbewerber durch die Krankenkassen
Vorlage: VO/0030/16

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 17.02.2016:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:
Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt der Rahmenvereinbarung nicht beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

2 Einrichtung eines Inklusionsbüros für die Stadt Wuppertal
Vorlage: VO/1774/15

Beig. Dr. Kühn erläutert, die Einrichtung des Inklusionsbüros sei ein Einstieg, man hoffe, später weitere Kollegen im Inklusionsbüro einsetzen zu können. Es sei ein intensiver Beteiligungsprozess im Rahmen der Weiterentwicklung intendiert.

Der Vorsitzende sowie Herr Engels würdigen ausdrücklich die Arbeit von Frau Heinen.

Beig. Dr. Kühn erläutert weiter, mit den Ressortleitern sei vereinbart, zum Jahresanfang die Projekte im Bereich ‚Inklusion‘ für die Ressorts zu melden, am Jahresende werde dann ein Controlling durchgeführt und nötige Korrekturen vorgenommen.

Einvernehmlich wird vereinbart, dem Ausschuss zwei Mal jährlich einen zusammenfassenden Zwischenbericht vorzulegen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 17.02.2016:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Inklusionsbüro mit den beschriebenen Ressourcen einzurichten. Zur inhaltlichen Ausrichtung der Arbeit wird ein Beteiligungsverfahren durchgeführt. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens fließen in die inhaltliche Ausrichtung des Büros ein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

3 Planung und Modernisierungen im Bereich der (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen
Vorlage: VO/0038/16

Auf Fragen von Frau Stv. Schäfer erläutert Beig. Dr. Kühn, durch Reduzierung von Doppelzimmern in Wuppertaler Pflegeeinrichtungen ergebe sich ein

Platzabbau, der aber kein Problem sei, da die Auslastung der Einrichtungen unter 100 Prozent liege, jedoch im auskömmlichen Bereich, Wartelisten gebe es nicht mehr für das ganze Stadtgebiet. Immer weniger Menschen in immer höherem Alter würden mit immer kürzerer Verweildauer in den Einrichtungen leben. Die Pflegebedarfsplanung sei nicht auf Investoren gerichtet, sie beinhalte eine Steuerungsmöglichkeit. Sozialpolitisch sei zu überlegen, ob man einen bestimmten Investor in der Stadt wolle. Diese Frage stelle sich insbesondere, wenn ein Investor in einer anderen Stadt eine Einrichtungs-Schließung durch die Behörden habe hinnehmen müssen. Das Areal, um das es in Wuppertal (Barmen) aktuell gehe, sei aus Sicht der Stadtentwickler im Übrigen eher für eine andere Nutzung interessant (Kita).

Entgegennahme ohne Beschluss.

**4 Die Situation obdach- und wohnungsloser Menschen in Wuppertal
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 28. Januar 2016
Vorlage: VO/0077/16**

Entgegennahme ohne Beschluss.

**4.1 Die Situation obdach- und wohnungsloser Menschen in Wuppertal Anfrage
der Ratsfraktion DIE LINKE vom 28. Januar 2016 - Antwort der Verwaltung
Vorlage: VO/0077/16/1-A**

Es werden keine Fragen zur Drucksache vorgetragen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

**5 Landesprogramme zur Schaffung betriebsintegrierter Arbeitsplätze für
Menschen mit Behinderung -
Große Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Vorlage: VO/0116/16**

Entgegennahme ohne Beschluss.

**5.1 Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
Vorlage: VO/0116/16/1-A**

Auf Nachfrage von Frau Stv. Schäfer sagt Beig. Dr. Kühn zu, eine Antwort der städtischen Töchter zur Anfrage bis zur nächsten Sitzung per Email an den Ausschuss zu übermitteln.

Entgegennahme ohne Beschluss.

6 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Engels berichtet, zum ersten Male habe der Oberbürgermeister an der

Sitzung des Beirates teilgenommen. Zum Teil seien Fragen beantwortet worden, einige warteten auf weitergehende Beantwortung. Als zweiter Gast habe Herr Lemmer bzgl. Flüchtlingen mit Behinderung in Wuppertal berichtet, es gebe in Wuppertal wenige. Für Hörbehinderte gebe es eine Zusammenarbeit mit dem Gehörlosenverband Bergisch Land e. V.

Herr Engels kündigt den 11. Tag der Menschen mit Behinderung am 20.05.2016 an.

7 Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Stv. Wessel berichtet zum Vortrag von Frau Schmid, WSW mobil GmbH, zur Busschule der WSW. Herr Engels merkt an, nicht selten sei das Verhalten von Fahrgästen problematisch.

Herr St. Wessel fährt fort, weitere Themen im Seniorenbeirat seien die Umsetzung des Masterplanes Quartier in Wuppertal, sowie die zuletzt gut angenommene Telefonsprechstunde des Seniorenbeirates gewesen.

8 Bericht aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz

Frau Stv. Schroeder berichtet zum Vortrag von Frau Salem, Nachbarschaftsheim, zur Taschengeldbörse. Weiter sei u. a. die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Wuppertal Thema gewesen.

9 Mitteilungen der Verwaltung

Es gab keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

10 Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtet, die Einladung an den Ausschuss, in Verbindung mit einer Führung in der gerontopsychiatrischen Klinik Sanderstraße zu tagen, habe sich wegen Platzmangel als nicht gangbar erwiesen.

Der Ausschuss möge bis zu (über-) nächsten Sitzung überlegen, ob ein separater Besichtigungstermin vereinbart werden solle, oder man versuchen möchte einen Sitzungsraum auf dem Gelände der Helios Klinik anzufragen.